

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

## Europa auf dem Weg zur Stabilitätsunion

### Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 8. und 9. Dezember in Brüssel

Bundeskanzlerin Angela Merkel erläuterte an diesem Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels, der weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa beschlossen hatte.

Europa ist nach ihrer Einschätzung auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet sein, mit dem die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben. Merkel beteuerte, dass ihr eine Änderung der EU-Verträge lieber gewesen wäre, doch sei dies an dem Veto Großbritanniens gescheitert.

Mit den Gipfelbeschlüssen sei „der Weg zu einer Stabilitätsunion noch lange nicht abgeschlossen“, sagte die Kanzlerin. Der Weg „wurde eingeschlagen und, wie ich glaube, unwiderruflich“, unterstrich Merkel. Dies sei noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. „Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen.“

Diese Fiskalunion beruhe auf drei Säulen: der nationalen Eigenverantwortung, der Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen werde.



Thomas Strobl begrüßte die Regierungserklärung und sagte: „Die Bundeskanzlerin hat recht, wenn sie betont, dass die Staatsschuldenkrise nicht über Nacht zu lösen ist. Den einen Befreiungsschlag gibt es nicht. Deshalb bin ich wie sie froh, dass der

Gipfel auch nicht die Einführung von Euro-Bonds beschlossen hat, die eine gesamtschuldnerische Haftung der Euro-Mitgliedstaaten bedeuten würden. Dies wäre eine schnelle Lösung, die aber nicht an die Wurzel des Problems geht und deshalb für uns – anders etwa als für die Oppositionsparteien – nicht in Frage kommt.“ Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion Norbert Barthle, Mitglied der von Thomas Strobl geführten CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, unterstützte diese Bewertung und nannte die Euro-Bonds im Plenum „Schuldensozialismus“, den es auf keinen Fall geben dürfe.

Auch die übrigen Unionspolitiker aus dem Südwesten zeigten sich erleichtert, dass die Euro-Zone nicht zur Transferunion verkomme und dass auch die Geldschleusen der Europäischen Zentralbank nicht geöffnet worden seien.



„Dies ist ein Verdienst der Verhandlungsführung der Bundesregierung“, bilanzierte Landesgruppenchef Thomas Strobl und versprach, mit seinen Kolleginnen und Kollegen gemeinsam den verantwortlichen Kurs der christlich-liberalen Koalition weiter nach Kräften zu unterstützen. „Dabei ist uns klar, welch schweres Stück Arbeit noch vor uns liegt“, sagte Thomas Strobl weiter und schloss: „Die Verwirklichung der Stabilitätsunion ist ein jahrelanger Prozess, der auch in Zukunft von Rückschlägen begleitet werden wird. Wir wollen und können aber die Wende zum Guten schaffen.“

#### **WEITERE THEMEN DER WOCHE:**

- **Beratung ISAF-Mandat**
- **Regierungserklärung zur Umweltkonferenz in Durban**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

#### **GESPRÄCH MIT DEM BDS:**

Deutschlands ältester branchenübergreifender Mittelstandsverband ist der Bund der Selbständigen (BDS). Geführt von dem baden-württembergischen Fachanwalt für Steuerrecht Günther Hieber, bemüht sich der BDS um regelmäßigen Gedankenaustausch mit Spitzenpolitikern.



Diese Woche kam es zu einer Begegnung mit Thomas Strobl MdB. Auf der Agenda des intensiven Fachgesprächs, an dem auch BDS-Vizepräsident Peter Murmann teilnahm, standen unter anderem die Themen Finanzkrise, Steuerpolitik und Energieeinsparverordnung. Im Ergebnis zeigte sich, dass Konsens besteht, den Mittelstand als hauptsächlichen Anbieter von Arbeitsplätzen besonderer staatlicher Unterstützung für würdig zu befinden. „Wir müssen alles tun, um uns einen gesunden Mittelstand zu erhalten. Er ist die tragende Säule unseres Wirtschaftsaufschwungs und für den Wohlstand unseres Landes schlicht unverzichtbar“, sagte Thomas Strobl am Ende des Gesprächs, das von beiden Seiten als konstruktiv empfunden wurde.

**PRESSEMITTEILUNGEN:**



**CDU-Landesvorsitzender Thomas Strobl:**

**„Grün-Rot zieht bildungsideologisches Lieblingskind im Schweinsgalopp durch“ (13.12.2011)**

„Die grün-rote Landesregierung will den Aufbau ihrer ‚Gemeinschaftsschule‘ völlig plan- und konzeptionslos durchdrücken – das ist ernüchternd und erschütternd“, erklärt Thomas Strobl, Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, zur heutigen Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzentwurfs im Landeskabinett.



„Die zuständige Ministerin konnte heute nicht einmal klar darlegen, nach welchen Kriterien die rund 30 ersten ‚Gemeinschaftsschulen‘ ausgewählt werden. Trotzdem soll dieses bildungsideologische Lieblingskind von Grün-Rot jetzt im Schweinsgalopp durchgezogen werden, damit diese Einheitsschule schon zum Schuljahr 2012/13 an den Start gehen kann. Das ist eine Politik für die eigene Ideologie – wie bei der überhasteten, undurchdachten Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Mit einer Politik für die Menschen, für die Kinder, die in Baden-Württemberg auf die Schule gehen, für deren Eltern und Lehrer, hat das überhaupt nichts zu tun!

Darüber kann auch die wolkige Lyrik der Landesregierung nicht hinwegtäuschen, dass Grün-Rot Kinder und Jugendliche fördern wolle, ihre Verschiedenheit als Wert anerkenne, ihnen die Möglichkeit geben wolle, Fähigkeiten und Potentiale optimal zu entfalten. Das sind wohlfeile, aber leere Floskeln –

mehr nicht. Das sind nicht die tatsächlichen Ziele der grün-roten Landesregierung: Wären sie es, würde Grün-Rot nicht ein hervorragendes differenziertes Bildungssystem mutwillig zerschlagen. Wer eine für jedes einzelne Kind passende, differenzierte Förderung will, muss unser erfolgreiches differenziertes Bildungssystem gezielt weiterentwickeln, seine Stärken stärken und seine schwächeren Stellen verbessern, statt es völlig zu zerstören.“

**Strobl/Bilger: Bund steht zu seinen Zusagen - Gäubahn und Südbahn kommen:**

**CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg zum Investitionsrahmenplan (IRP) für die Jahre 2011 bis 2015 (15.12.2011)**

Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer stellt heute den neuen Investitionsrahmenplan (IRP) für die Jahre 2011 bis 2015 vor. Wie bereits mehrfach von CDU-Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg versprochen, werden die für den Südwesten wichtigsten Schienenprojekte alle im IRP enthalten sein: Gäubahn, Südbahn, Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und Rheintalbahn. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung stellt sich somit ihrer Verantwortung Baden-Württemberg gegenüber.



„Der Investitionsrahmenplan zeigt eindeutig, dass die Verunsicherungstaktik der Grünen vor der Volksabstimmung gescheitert ist! Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm kannibalisieren keine Schienenprojekte – weder in Baden noch in Württemberg. Jetzt sind die Grünen nicht nur bei der Volksabstimmung gescheitert, sondern auch gleich noch damit, die Bevölkerung in Bezug auf den IRP hinters Licht zu führen“, so der CDU-Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl. Die Grünen hatten zu einem den Medien zugespielten Vorentwurf des IRP behauptet, Baden-Württemberg müsse wegen Stuttgart 21 „auf alle anderen wichtigen Schienenprojekte im Land verzichten.“ „Eine

solche Verunsicherungstaktik ist das Gegenteil der von den Grünen vielbeschworenen Transparenz, das ist Betrug am Bürger“, so Strobl weiter.

Der für Verkehr zuständige CDU-Abgeordnete aus Baden-Württemberg, Steffen Bilger, begrüßt die Zusagen des Bundesverkehrsministeriums: „Wir freuen uns für die Regionen entlang der Gäu- und Südbahn, dass deren Ausbau kommt. Die Menschen vor Ort werden vom zweiten Gleis bei der Gäubahn genauso profitieren, wie auch von der Elektrifizierung der Südbahn. Besonders gute Nachrichten gibt es für die Anwohner entlang der Rheintalbahn in Rastatt. Ihr Tunnel kommt. So sieht solide Verkehrspolitik aus!“ Der Rastatter Tunnel und die Strecke Buggingen-Auggen (Rheintalbahn) stehen zusammen mit über 952 Millionen Euro im IRP.

Ein IRP-Vorentwurf war der Presse vor einigen Monaten zugespielt worden. In diesem Vorstufenentwurf zum IRP standen weder Gäubahn noch Südbahn. Jetzt liegt der gültige IRP vor.



Der IRP ist ein verkehrsträgerübergreifender Fünfjahresplan für die Infrastrukturinvestitionen des Bundes in die drei klassischen Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße. Mit dem IRP erfolgt die Priorisierung von Verkehrsprojekten der Bedarfspläne, die im Mittelfristzeitraum bis 2015 geplant werden sollen und bei denen mit einer Realisierung begonnen werden kann.

**Allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, viel Glück und Erfolg für das Jahr 2012**

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

-Vorsitzender des Ersten Ausschusses  
-Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

berg

-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses  
-Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132